

"Radikalenerlass":

Betroffene fordern von Ministerpräsident Kretschmann politische Aufarbeitung im Landtag

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat als Reaktion auf Zeitungsberichte über das 1975/77 gegen ihn verhängte Berufsverbot als Lehrer erklärt, dieses sei gegen ihn als damaliges KBW-Mitglied zu Recht verhängt worden. Eine Aufarbeitung der Problematik könne die Landesregierung nicht leisten, dies müsse der Wissenschaft vorbehalten bleiben.

Die Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ erklärt dazu:

Herr Kretschmann hat in seinem politischen Leben viele Wendungen mitgemacht und zeigte sich dabei in seinen Grundüberzeugungen flexibler als etliche seiner WeggefährtenInnen. Treu geblieben ist er offenbar aber seiner schon 1975 geäußerten Überzeugung, Berufsverbote (wie das gegen ihn verhängte) seien mit dem Grundgesetz vereinbar.¹

Dazu sagen wir:

Die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland waren und sind ein Verstoß gegen Grundrechte und Menschenrechte!

Die Aufarbeitung des mit dem Radikalenerlass von 1972 verbundenen Unrechts ist nicht allein eine Aufgabe der Geschichtswissenschaft! Noch leben die meisten Betroffenen und tragen bis heute an den Folgen dieser politischen Verfolgungsmaßnahme. Und noch immer sorgt die Drohung mit Berufsverbot – nicht zuletzt mit tatkräftiger Unterstützung von Herrn Kretschmann – für ein Klima der Einschüchterung und des Duckmäusertums (nicht nur) im Öffentlichen Dienst.

Wir fordern nicht nur die wissenschaftliche, sondern vor allem die politische Aufarbeitung des begangenen Unrechts, die Rehabilitierung und in Einzelfällen auch die materielle Entschädigung der Betroffenen, sowie die Offenlegung und anschließende Vernichtung der einschlägigen „Verfassungsschutz“-akten und nicht zuletzt die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen und sonstigen Relikte der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis.

Bremen und Niedersachsen mit ihren „rot-grünen“ Regierungskoalitionen weisen mit den dort ergriffenen Schritten in die richtige Richtung. Einen entsprechenden politischen Willen, entsprechende Diskussionen und Beschlüsse des Landtags fordern wir auch von „Grün-Rot“ in Baden-Württemberg ein. Und wir fordern, dass sich der Ministerpräsident endlich und zeitnah einem Gespräch mit uns stellt.

¹ Siehe zum Beispiel http://berufsverbote.de/tl_files/docs/Kretschmann28-10-75.pdf